

NIEDERSCHRIFT

über die 30. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Beelen am 11. Dezember 2018 im Ausschusszimmer (EG - Raum 10) des Rathauses

Unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Elisabeth Kammann sind anwesend:

- a) als stimmberechtigte Mitglieder
Rm Carsten Brinkkemper als Vertreter für Rm Ludger Growe
Rm Monika Dahlhaus als Vertreterin für Rm Joachim Hassa
Rm Klaus-Dieter Hainke
Rm Matthias Nüßing
Rm Ralf Pomberg
Rm Bettina Sander
Rm Paul Spliethoff
Rm Claus Ströker
Rm Robert Strübbe
Rm Helmut Suer

- b) als Gast
zu TOP I/2: Architekt Andreas Borgmann, Borgmann Architekten
zu TOP I/2: Herr Lars Eversmann, Eversmann – beratende Ingenieure

- c) von der Verwaltung
Frau Schmidt
Frau Hofene, bis einschließlich TOP I/3
Herr Kosmann, bis einschließlich TOP I/2
Herr Rieping
Herr Lillteicher
Herr Wisniewski, zugleich als Schriftführer

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 23.26 Uhr

Anmerkung: Die Anlage 2 zu TOP I/4 entspricht unverändert der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. 102/2018. Die Anlage 3 zu TOP I/5 entspricht unverändert der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. 103/2018.

Tagesordnung

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Seite</u>
I.	<u>ÖFFENTLICHE SITZUNG</u>	
1.	EINWOHNERFRAGESTUNDE	3
2.	Erweiterung und Umnutzung des ehemaligen Hauptschulgebäudes zu Grundschulzwecken hier: Bereitstellung überplanmäßiger Ausgaben	3-4
3.	Erlass einer neuen Abfallentsorgungssatzung für die Gemeinde Beelen	5
4.	Interkommunale Zusammenarbeit Neufassung der „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (ÖrV) über die gemeinsame Inanspruchnahme der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung citeq der Stadt Münster“	5-6
5.	7. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung	6
6.	Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren für den gemeindlichen Friedhof	6
7.	Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Friedhofshalle	6-7
8.	Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen	7-14
9.	Bericht der Verwaltung	14
	Anfragen von Ausschussmitgliedern	14
	1. Verbleib Aushub Sportplatz	14

BM'in Kammann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Gegen die Tagesordnung und die Niederschrift vom 20.11.2018 werden keine Einwendungen erhoben.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt erledigt.

I. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. EINWOHNERFRAGESTUNDE

Es ergeben sich keine Anfragen.

2. Erweiterung und Umnutzung des ehemaligen Hauptschulgebäudes zu Grundschulzwecken hier: Bereitstellung überplanmäßiger Ausgaben

SV 106/2018

BM'in Kammann erläutert die Notwendigkeit der überplanmäßigen Auszahlung. Anschließend entschuldigt sich BM'in Kammann für die Fehler der Verwaltung bei gemachten Auftragsvergaben und der unzureichenden Kostenkontrolle. Jedoch sollten nun alle an einem Strang ziehen und die Schule fertigstellen. BM'in Kammann erläutert die bisherige Abfolge der Bereitstellung von finanziellen Mitteln und erklärt das Zustandekommen der zusätzlichen Mehrkosten. Zur heutigen Sitzung liegen Anträge der CDU und SPD Fraktionen vor, die eine Kostentransparenz der bisher verausgabten Mittel, der Auftragsvergaben und der Mehrkosten fordern. Zudem soll erklärt werden, was zu der Kostensteigerung von 300.000 Euro geführt hat.

Rm Strübbe fragt nach, ob die zur Verfügung zu stellenden Mittel in Höhe von 50.000 € weiterhin pauschal sind oder ob hier konkrete Maßnahmen hinter stehen. BM'in Kammann erklärt, dass den 50.000 € keine konkrete Maßnahmen gegenüber stehen.

Rm Pomberg fordert detaillierte Erläuterungen der Kostenaufstellungen durch den Architekten Herrn Borgmann.

Anschließend erläutern Frau Schmidt und Herr Borgmann die einzelnen Positionen aus der aktualisierten Kostenübersicht, die allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde.

Rm Pomberg erklärt, dass die Brandschutztüren bereits im Oktober 2018 eingebaut werden sollten. Er bittet um Erklärung, warum dies bis heute noch nicht geschehen ist. Herr Borgmann erklärt, dass die Türen vom Unternehmer seinerzeit nicht bestellt worden sind. Anschließend kam es zu weiteren Verzögerungen, die einen Einbau nicht möglich machten.

Rm Pomberg fragt weiter nach, wer die Aufträge für die Deckenschotts F 90 und den Umbau der RWA erteilt hat. Herr Borgmann erklärt, dass er als Architekt grundsätzlich keine Aufträge erteilt. Dies ist Aufgabe des Bauherrn. Anschließend erläutert Herr Borgmann, dass die Sanierung der WC-Räume und die Installation von neuen Trennwänden aufgrund des Zustandes nach dem Umbau nötig waren. Rm Pomberg erklärt hierzu, dass der Rat beschlossen hatte, dass die ehemalige Hauptschule im Bestand umgebaut wird und nicht kernsaniert werden soll. Er möchte wissen, wer solche Entscheidungen trifft. Herr Borgmann erklärt, dass die Sanierung der WC-Räume in den

ersten Planungen nicht berücksichtigt war. Dies hat sich erst im Laufe der Baumaßnahme ergeben, da die Räumlichkeiten bei der Renovierung zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Rm Spliethoff fragt nach, ob die Schule nach den Schulbaurichtlinien umgebaut wurde. Herr Borgmann erklärt, dass zunächst eine Begehung mit dem Gemeindeunfallversicherungsverband stattgefunden hat. Dieser hielt die Geländerhöhe im 1. OG für ausreichend. Nun wurde festgestellt, dass nach der Schulbaurichtlinie die Höhe nicht ausreicht und anzupassen ist.

Nach weiterer Diskussion erklärt Rm Spliethoff, dass es grundsätzliche Schwierigkeiten bei der Kommunikation zwischen der Verwaltung und dem Architekten gegeben hat. Die vorgestellte Kostentransparenz kommt leider viel zu spät, was den Ärger innerhalb des Rates verständlich macht. Jedoch sollte der Umbau und die neue Schule nun nicht zerredet werden.

Nachdem alle Positionen aus der Kostenübersicht erläutert wurden, fragt Rm Pomberg nach, ob mit noch weiteren Mehrausgaben zu rechnen sei. Herr Borgmann erklärt, dass mit jetzigem Kenntnisstand mit Mehrausgaben nicht zu rechnen ist. Rm Brinkkemper fragt nach, ob alle Gewerke vergeben wurden. Herr Borgmann erklärt, dass noch Schlosser- und Tischlerarbeiten sowie die Schließanlage vergeben werden müssen.

Rm Brinkkemper möchte wissen, was die Konsequenz wäre, wenn der Rat der überplanmäßigen Ausgabe nicht zustimmen würde. BM'in Kammann erklärt, dass eine Verweigerung der Zustimmung schade wäre, weil der Schulumbau zu Ende geführt werden muss. Herr Lilteicher ergänzt, dass bei einer Ablehnung des Beschlusses die Bürgermeisterin nicht berechtigt wäre, ausstehende Rechnungen von bereits getätigten Aufträgen zu begleichen. Er weist darauf hin, dass eine Ablehnung des Beschlusses nicht zu Lasten der Unternehmen gehen darf. Rm Brinkkemper erklärt, dass er somit gezwungen ist, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, obwohl er eigentlich dagegen ist. Rm Spliethoff fügt hinzu, dass in diesem Fall der „schwarze Peter“ nicht beim Rat liegt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BM'in Kammann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Für die Erweiterung und Umnutzung des ehemaligen Hauptschulgebäudes zu Grundschulzwecken werden neben den bereits genehmigten überplanmäßigen Ausgaben weitere überplanmäßige Mittel in Höhe von 530.000 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus liquiden Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Rm Pomberg beantragt eine Sitzungspause von zehn Minuten. BM'in Kammann lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

BM'in Kammann unterbricht die Sitzung um 20.09 Uhr.

BM'in Kammann führt die Sitzung um 20.20 Uhr fort.

3. Erlass einer neuen Abfallentsorgungssatzung für die Gemeinde Beelen

SV 100/2018

BM'in Kammann führt in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an Frau Hofene. Frau Hofene erklärt, dass es ausschließlich redaktionelle Änderungen in der Endfassung der Abfallentsorgungssatzung für die Gemeinde Beelen gegeben hat. Die Satzungsänderung wurde durch die am 01.01.2019 in Kraft tretende Verpackungsverordnung erforderlich. Zudem wurden Richtlinien im Umgang mit dem Biomüll in die Satzung aufgenommen. Des Weiteren können die Gebührensätze gesenkt werden.

Auf Nachfrage von Rm Ströker erläutert Frau Hofene, wie die Überprüfung der Bioabfalltonnen im Gemeindegebiet abgelaufen ist. Zukünftig werden diese Überprüfungen auch weiterhin, aber unangemeldet durchgeführt.

Rm Dahlhaus möchte wissen, warum die Bewohner des Gebäudes Warendorfer Straße 8 ihren Bioabfall in der Restmülltonne entsorgen dürfen. Frau Hofene erklärt, dass trotz mehrfacher Belehrung der Bewohner die Biotonne regelmäßig falsch befüllt war. Die Gemeinde ist berechtigt, die Biotonne gegen eine Restmülltonne auszutauschen, wenn die Biotonne dreimal falsch befüllt wurde. Die Kosten für die zusätzliche Restmülltonne werden über die Gebühren für die Bewohner abgerechnet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BM'in Kammann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Beelen vom 20.12.2013 in der derzeit geltenden Fassung tritt außer Kraft.
2. Der Rat der Gemeinde Beelen beschließt die anliegende Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Beelen (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

4. Interkommunale Zusammenarbeit Neufassung der „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (ÖrV) über die gemeinsame Inanspruchnahme der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung citeq der Stadt Münster“

SV 102/2018

Herr Lillteicher erläutert kurz die Notwendigkeit der Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Rm Nüßing verlässt um 20.35 Uhr den Sitzungsraum.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BM'in Kammann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die gemeinsame Inanspruchnahme der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung citeq der Stadt Münster“ wird möglichst bereits zum 01.01.2019 durch die geänderte und als Anlage 2 beigefügte „Öffentlich-rechtlich rechtliche Vereinbarung über die gemeinsame Inanspruchnahme der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung citeq der Stadt Münster“, vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt Münster sowie aller übrigen beteiligten Gemeinden und Kreise, ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

**- einstimmig -
- Ohne Mitwirkung von Rm Nüßing -**

5. 7. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

SV 103/2018

Herr Lillteicher erläutert den Sachverhalt. Zur Vermeidung ständig schwankender Gebühren wird seitens der Verwaltung ein Vorschlag zur Änderung der Gebührensätze gemacht.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BM'in Kammann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Beelen beschließt die als Anlage 3 beigefügte Satzung zur 7. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Gemeinde Beelen.

Abstimmungsergebnis:

**- einstimmig -
- Ohne Mitwirkung von Rm Nüßing -**

Rm Nüßing nimmt um 20.39 Uhr wieder an der Sitzung teil.

6. Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren für den gemeindlichen Friedhof

SV 104/2018

Herr Lillteicher führt in den Sachverhalt ein. Die Verwaltung schlägt vor, die Friedhofsgebühren nicht zu ändern.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen von Herrn Lillteicher zur Kenntnis.

7. Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Friedhofshalle

SV 105/20108

Herr Lillteicher führt in den Sachverhalt ein. Die Gebührensätze für die Nutzung der Aussegnungs- und Aufbahrungshalle müssen in der Vorlage von 225 € auf 275 € ge-

ändert werden. Im Übrigen schlägt die Verwaltung vor, die Gebührensätze beizubehalten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen von Herrn Lillteicher zur Kenntnis.

8. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen

SV 101/2018

Herr Lillteicher erklärt, dass der Haupt- und Finanzausschuss berechtigt ist, sämtliche Beschlüsse zum Haushalt 2019 der vorhergegangenen Fachausschüsse zu ändern oder aufzuheben. Herr Lillteicher wird zunächst auf die Fragen aus den Fraktionen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eingehen, die in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fallen. Anschließend wird er die Änderungen zum Entwurf aus den Fachausschüssen bekannt geben und Änderungsvorschläge der Verwaltung vorstellen. Herr Lillteicher wird jedes Produkt aufrufen und anschließend auf die Anlagen eingehen.

Produkt 01.03.01 Zentrale Dienstleistungen (S. 14-15)

Rm Strübbe fragt nach, welche Möbel in 2019 für das Rathaus beschafft werden sollen. Herr Lillteicher erklärt, dass von der Verwaltung vorgeschlagen wird, den Ansatz um 900 € auf 8.200 € zu reduzieren. Rm Strübbe erklärt, dass ausschließlich Tische und Stühle beschafft werden sollen und sonst nichts. Rm Strübbe beantragt den Ansatz auf 5.900 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

**6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen**

Herr Lillteicher erklärt weiter, dass verwaltungsseits vorgeschlagen wird, den Ansatz für die Beschaffung eines neuen Dienstfahrzeuges auf 25.000 € zu erhöhen. Hierfür soll ein Hybridauto beschafft werden.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Produkt 01.03.02 Bauhof

Aufgrund einer Nachfrage in den Haushaltsplanberatungen erklärt Frau Schmidt, dass die Folierung der Bauhoffahrzeuge abgeschlossen ist. Die Mehrkosten resultieren aus allgemeinen Kostensteigerungen. Auf die Frage, ob nicht auch eine Elektromeise für den Bauhof ausreicht erklärt Frau Schmidt, dass die Meise nicht die erforderliche Höhe von 2,80 m erreicht und daher nicht geeignet ist.

Produkt 01.06.01 Finanzmanagement und Rechnungswesen (S. 32)

Herr Lillteicher erklärt, dass so genannte Bestandsleistungen von externen Unternehmen ab dem 01.01.2021 umsatzsteuerpflichtig werden. Da diese umfangreiche Aufgabe durch die Verwaltung nicht geleistet werden kann, schlägt die Verwaltung vor, einen Ansatz in Höhe von 5.000 € einzustellen. Hierfür soll das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Concunia der Verwaltung begleitend Hilfestellung leisten.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Produkt 01.07.01 Informationstechnologie (S. 35)

Die Verwaltung schlägt vor, für die Einrichtung einer Firewall der Telefonanlage durchgehend 650 € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Produkt 01.08.01 Gebäudemanagement (S. 39-42)

Rm Strübbe merkt an, dass für die Unterhaltung des Gebäudes Warendorfer Str. 8 3.000 € eingestellt wurden. Er fragt nach, ob das Gebäude nicht bereits veräußert ist und warum dann noch Unterhaltungsaufwand eingestellt wird. Frau Schmidt erklärt, dass der Verkauf noch nicht abgeschlossen ist. Solange die Gemeinde Eigentümer ist, muss sie auch für die Unterhaltung aufkommen.

Herr Lillteicher erklärt, dass sowohl die Investition für das Haus der Vereine (500.000 €) als auch die dazugehörige Landeszuweisung (400.000 €) gestrichen werden. Gleichzeitig werden für Planungsleistungen 30.000 € Aufwand eingestellt.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Die Verwaltung schlägt zudem vor, den Haushaltsansatz für den Umbau eines Gebäudes zu Grundschulzwecken von 50.000 € auf 120.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

Rm Strübbe beantragt, den für das Haushaltsjahr 2020 vorgesehenen Haushaltsansatz für den Einbau einer Glaswand (100.000 €) zu streichen. Frau Schmidt erklärt, dass in einer Teilabnahme für das Gebäude auch die Glaswand berücksichtigt wurde. Rm Pomberg merkt an, dass die Gemeinde für das Gebäude sowieso nur eine Teilabnahme erhalten wird. So könnte nach dem Probelauf für das Haushaltsjahr 2020 immer noch ein Betrag für den Bau der Glaswand eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Rm Strübbe fragt nach, ob die Ausschreibung der Gebäudereinigung unbedingt in 2019 durchgeführt werden muss. Frau Schmidt erklärt, dass die Ausschreibung auch auf das Jahr 2020 geschoben werden kann.

21.12 Uhr Rm Nüßing verlässt die Sitzung

Rm Strübbe beantragt, den Aufwand für die Gebäudereinigung in Höhe von 10.000 € auf das Jahr 2020 zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

21.14 Uhr Rm Nüßing nimmt wieder an der Sitzung teil.

Produkt 01.08.02 Grundstücksmanagement (S. 46-47)

Die Verwaltung schlägt vor, den Ertrag durch Veräußerung von Baugrundstücken von 844.000 € auf 983.745 € zu erhöhen. Frau Schmidt erläutert im Einzelnen, welche Verkäufe von Baugrundstücken geplant sind. Rm Pomberg erklärt, dass die Veräußerung von weiteren drei Grundstücken im Bereich Osthues-Hövener berücksichtigt werden sollte und beantragt, den Ansatz auf 1.000.000 € zu erhöhen.

Rm Strübbe fragt nach, ob und wie schnell die Veräußerung des alten Grundschulgebäudes realisiert werden kann. Herr Lillteicher erklärt, dass davon ausgegangen wird, dass die Kosten für die Abbrucharbeiten die Verkaufserlöse kostenneutral aufheben werden.

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Antrag von Rm Pomberg, den Ansatz für die Verkaufserlöse auf 1.000.000 € zu erhöhen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Die Verwaltung schlägt vor, die Vermessungskosten von 75.000 € auf 50.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Produkt 02.01.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung (S. 52)

Herr Rieping erläutert kurz, warum der Ansatz für die Unterhaltung der Kirmes und des Wochenmarktes auf 4.000 € erhöht worden ist. Durch Sponsoring von Unternehmen können die Erträge auf 900 € erhöht werden. BM'in Kammann lässt über die Erhöhung der Erträge auf 900 € abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Die Verwaltung schlägt vor, aus Gründen der Verkehrssicherheitspflicht 20.000 € für die Ermittlung von Sichtdreiecken einzustellen. Herr Rieping gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Produkt 02.05.01 Brand-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz (S. 65-68)

Die Verwaltung schlägt vor, den Haushaltsansatz in Höhe von 15.000 € für einen Saugbrunnen im Bereich der Neumühlenstraße zu streichen. Herr Rieping erklärt, dass die Streichung des Ansatzes in Absprache mit der Feuerwehrleitung stattgefunden hat.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Rm Strübbe fragt nach, wie realistisch die Herstellung des Feuerlöschteiches ist. Herr Rieping erklärt, dass es derzeit keine gemeindliche Fläche gibt, wo der Feuerlöschteich erstellt werden könnte.

Produkt 04.01.01 Kulturförderung, Heimatpflege (S. 89)

Rm Pomberg fragt nach, ob der Zuschuss für die Pfarrbücherei mit einer Zweckbindung versehen werden kann. BM'in Kammann erklärt, dass sie im Anschreiben an die Pfarrbücherei auf die Zweckbindung hinweisen wird. Zudem wird sich die Verwaltung einen Verwendungsnachweis über den erhöhten Zuschuss geben lassen.

Produkt 06.01.01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (S. 112)

Die Verwaltung schlägt vor, für die vorübergehende Schaffung einer Kindertagesstätte folgende Mittel einzustellen:

2019	Aufwand Interimslösung	235.000 €
2019	Mieterträge	14.500 €
2019	Kostenerstattung durch den Kreis	11.000 €
2019	Gemeindliche Übernahme nicht gedeckter Betriebskosten	6.700 €
2020	Aufwand Interimslösung	120.000 €
2020	Mieterträge	35.000 €
2020	Kostenerstattung durch den Kreis	26.400 €
2020	Gemeindliche Übernahme nicht gedeckter Betriebskosten	16.000 €

Rm Strübbe fragt nach, ob es für die Herstellung der mobilen Lösung Zuschüsse vom Kreis oder vom LWL gibt. Herr Rieping erklärt, dass es eventuell Zuschüsse dafür gibt. Jedoch könnten dann keine Mieterträge mehr berücksichtigt werden. Rm Strübbe fügt hinzu, dass die Kinder- und Jugendhilfe eine grundsätzliche Aufgabe des Kreises ist und somit zumindest eine hälftige Kostenbeteiligung durch den Kreis zu erwarten wäre. Er bittet um Klärung bis zur Sitzung des Rates am 18.12.2018.

Rm Nüßing fragt nach dem Sachstand, die Kindertageseinrichtung im Bestand der OGS zu realisieren. BM'in Kammann erklärt, dass am 14.12.2018 ein Termin mit Frau Linnemann und einem Brandschutztechniker stattfindet, um die Realisierung im Bereich Brandschutz zu prüfen. Rm Pomberg fragt nach, ob der Auftrag zur Ermittlung der Kosten für die mobile Lösung an Frau Linnemann gegangen ist. BM'in Kammann erklärt, dass der Auftrag hierfür an Frau Linnemann gegangen ist und erläutert weiter, warum eine Prüfung für den Bau im Bestand sinnvoll ist. Rm Pomberg und Rm Strübbe sehen einen Umzug der Grundschule und die anschließend Herrichtung der OGS Räume für Kinderbetreuung bis August 2019 kritisch. Daher könnten die Kosten für eine weitere Untersuchung eingespart werden. Rm Nüßing erklärt, dass eine Untersuchung sehr wohl sinnvoll ist, wenn durch den Umbau im Bestand Kosten eingespart werden könnten. Rm Sander fügt hinzu, dass zumindest für eine Kindergruppe die Räumlichkeiten hergerichtet werden können, wenn die Schule in den Sommerferien umzieht. Rm Brinkkemper gibt zu bedenken, dass bauliche Maßnahmen, die den Feuerschutz berücksichtigen, in dieser kurzen Zeit nicht umsetzbar sind.

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Vorschlag der Verwaltung, die vorgeannten Mittel für die vorübergehende Schaffung einer Kindertagesstätte einzustellen, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Produkt 06.02.02 Kinderspielplätze und Freizeitanlagen

Rm Pomberg beantragt, den Ansatz für die Unterhaltung von Kinderspielplätzen von 12.500 € auf 8.000 € zu reduzieren. Sowohl die Erneuerung des Zaunes am Kinderspielplatz Hexenbusch (2.500 €) als auch die Unterhaltung des Grundschulspielplatzes (2.000 €) sind nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis:

**3 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
3 Enthaltung**

Produkt 12.01.01 Bau/Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen und Verkehrsanlagen (S. 158 - 161)

Rm Pomberg beantragt, den Ansatz für die bauliche Unterhaltung von Brücken zu erhöhen. Frau Schmidt erklärt, dass es einen Termin mit dem zuständigen Ingenieurbüro geben wird, um den tatsächlichen Unterhaltungsaufwand zu ermitteln. Jedoch kann sie zum jetzigen Zeitpunkt keine belastbaren Zahlen nennen. Rm Pomberg beantragt, den Ansatz für die bauliche Unterhaltung von Brücken auf 15.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Die Verwaltung schlägt vor, die Ansätze für die Erschließungsbeiträge wie folgt zu ändern:

2019 = 176.000 €

2020 = 676.000 €

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Rm Pomberg merkt an, dass die Wallanlage bereits in diesem Jahr fertiggestellt wurde. Frau Schmidt stimmt der Anmerkung von Rm Pomberg zu. Jedoch liegt noch keine

Rechnung vor. Die Kosten für die Wallanlage in Höhe von 15.000 € werden als Ermächtigungsübertragung berücksichtigt. Der Haushaltsansatz für 2019 kann daher gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Rm Pomberg merkt weiter an, dass die Baustraße für das Baugebiet Seehusen ebenfalls schon fertiggestellt ist. Herr Lillteicher erklärt, dass auch in diesem Fall die Mittel als Ermächtigungsübertragung berücksichtigt werden. Der Ansatz in Höhe von 40.000 € kann ebenfalls gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Produkt 13.03.01 Friedhofs- und Bestattungswesen (S. 178-180)

Rm Strübbe beantragt, den Aufwand für Bänke in Höhe von 2.000 € zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Rm Strübbe beantragt, den Aufwand für die Bäume in Höhe von 2.000 € zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Rm Strübbe beantragt, den Aufwand für die Anpflanzung größerer Bäume (Friedwald) in Höhe von 8.000 € zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Produkt 14.01.01 Umweltschutzmaßnahmen (S. 184)

Rm Strübbe erklärt, dass unter dem Ansatz für Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von 8.000 € keine konkreten Maßnahmen genannt wurden. Daher beantragt er, den Ansatz zu streichen. Herr Lillteicher erklärt, dass der Bau- und Planungsausschuss beschlossen hat, mit diesen Mitteln zunächst ein Konzept für spätere Klimaschutzmaßnahmen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Produkt 16.01.01 Steuern und Abgaben (S. 194)

Herr Lillteicher erklärt, dass es der Wunsch der Fraktionen war, eine Übersicht aller Hebesätze der Kommunen aus dem Kreis Warendorf zu erhalten. Herr Lillteicher verteilt diese Übersicht (Anlage 1). Im Anschluss daran erläutert Herr Lillteicher die finanziellen Auswirkungen, wenn die Gemeinde an den bisherigen Hebesätzen festhalten würde und nicht die fiktiven Hebesätze des Landes übernimmt.

Rm Strübbe erklärt, dass sich die CDU-Fraktion gegen eine Anhebung der Hebesätze ausspricht. Durch die Haushaltsplanberatungen konnten viele Finanzmittel eingespart werden. Zudem ist es ein gutes Zeichen an die Unternehmen, wenn an dem Gewerbesteuerhebesatz festgehalten wird. Er beantragt daher die Senkung der Hebesätze auf den Stand von 2018.

Rm Pomberg schlägt vor, den Gewerbesteuerhebesatz auf den fiktiven Hebesatz zu belassen. Jedoch sollen die Hebesätze für die Grundsteuer A und B auf dem Niveau von 2018 gesenkt werden.

Rm Nüßing erklärt, dass auch die Gemeinde Beelen nicht um eine Anpassung an die fiktiven Hebesätze des Landes herum kommt. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Schere zwischen fiktiven und tatsächlichen Hebesätzen zu weit auseinander klafft.

Rm Ströker erklärt, dass auch nach einer Anpassung an die fiktiven Hebesätze die Gemeinde Beelen unter den Top 3 der Kommunen im Kreis Warendorf mit den geringsten Hebesätzen wäre. Er schlägt jedoch folgenden Kompromiss vor. Den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 418 v.H., die Grundsteuer A auf 223 v.H. und die Grundsteuer B auf 429 v.H. festzulegen.

Rm Sander erklärt, dass die Mehrausgaben in 2018 in keinem Fall mit Steuererhöhungen in den folgenden Jahren in Verbindung zu bringen sind.

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, die Hebesätze nicht anzuheben.

Abstimmungsergebnis:

**3 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen**

Im Anschluss lässt BM'in Kammann über den Antrag von Rm Pomberg abstimmen, nur den Hebesatz für die Gewerbesteuer anzupassen und die Hebesätze für die Grundsteuern A und B auf dem Stand von 2018 zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

**1 Ja-Stimme
10 Nein-Stimmen**

Danach lässt BM'in Kammann über den Antrag von Rm Ströker abstimmen, den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 418 v.H., die Grundsteuer A auf 223 v.H. und die Grundsteuer B auf 429 v.H. festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

**7 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen**

Die Verwaltung schlägt anschließend vor, die Erträge aus der Grundsteuer B von 975.000 € auf 945.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

**7 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen**

Die Verwaltung schlägt weiter vor, den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 560.000 € auf 640.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Produkt 16.01.02 Allgemeine Finanzwirtschaft (S. 197-200)

Die Verwaltung schlägt vor, die Erträge aus dem Familienleistungsausgleich wie folgt festzusetzen:

2019 = 260.520 €

2020 = 265.520 €

2021 = 270.520 €

2022 = 275.520 €

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Die Verwaltung schlägt zudem vor, die Schlüsselzuweisungen von 1.258.291 € auf 1.319.758 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Des Weiteren schlägt die Verwaltung vor, die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit von 191.060 € auf 168.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Im Übrigen schlägt die Verwaltung vor, die Allgemeine Kreisumlage von 2.535.689 € auf 2.548.480 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Weiter schlägt die Verwaltung vor, die Jugendamtsumlage von 1.271.652 € auf 1.258.888 € zu senken.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Abschließend schlägt die Verwaltung vor, die Gemeindeanteile aus der Investitions-
pauschale wie folgt festzusetzen:

2019 = 463.000 €

2020 = 468.000 €

2021 = 473.000 €

2022 = 493.000 €

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Stellenplan (S. 204 – 207)

Herr Lillteicher erklärt, dass die Stellenausschreibung für einen neuen Techniker leider erfolglos war. Daher schlägt die Verwaltung vor, die Stellenausschreibung auf Bauingenieure auszuweiten. Hierfür muss eine höherwertige Stelle im Stellenplan aufgenommen werden. Die Verwaltung erhofft sich, auf diese Weise eher eine qualifizierte Kraft für die Gemeinde Beelen zu gewinnen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Zahl der Stellen 2019 in der Entgeltgruppe 11 von 0 auf 1 festzulegen. Gleichzeitig wird die Zahl der Stellen 2019 in der Entgeltgruppe 9b von 5 auf 4 festgelegt.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Rm Strübbe beantragt, den Haushalt und den Stellenplan getrennt voneinander zur Abstimmung zur stellen.

Da es keine weiteren Fragen und Anmerkungen gibt, lässt BM'in Kammann zunächst über den Haushalt abstimmen.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen mit Ausnahme des Stellenplans unter Berücksichtigung der zuvor aufgeführten sowie selbst beschlossenen Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, den Stellenplan 2019 unter Berücksichtigung der selbst beschlossenen Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

9. Bericht der Verwaltung

Es liegen keine Berichtspunkte vor.

Anfragen von Ausschussmitgliedern

1. Verbleib Aushub Sportplatz

Rm Strübbe fragt nach, warum der Aushub des Sportplatzes nicht zur Auffüllung gemeindeeigener Flächen genutzt wurde. BM'in Kammann erklärt, dass der Boden für eine Auffüllung nicht geeignet ist.

BM'in Kammann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 23.20 Uhr.